

№ 22 14. III. 1933.

fol. 50 4

SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT  
IN DEUTSCHLAND

BERLIN NW 40  
FÜRST-BISMARCK-STR. 4  
den 10. März 1933.

D/FK. - IV 20/1.  
ad ~~B 46 A. 5.~~ DD.

1373. A. 3. 1.

Zu Zerkulakoi  
13.3.33 W

Zurück am  
21. III 33

Herr Bundesrat,

Bereits in meinem gestrigen Antwortschreiben auf Ihre Zuschrift vom 6. März, betreffend Gefährdung schweizerischer Juden in Deutschland, habe ich eines Falles Willy Guggenheim Erwähnung getan.

In dem anliegenden Schriftstücke finden Sie den am 8. März in Magdeburg von Nationalsozialisten begangenen Überfall dargestellt, in dessen Verlauf auch unser jüdischer Landsmann Willy Guggenheim, von Hofen, Kanton Schaffhausen, wohnhaft in Berlin, verwundet worden ist.

Unmittelbar nach dem Besuche Guggenheims auf der Gesandtschaft habe ich noch gestern Nachmittag den Staatssekretär im Auswärtigen Amt um eine dringende Audienz gebeten. Diese wurde mir auch sofort auf heute vormittag angesetzt.

Ich hatte mit Staatssekretär von Bülow eine eingehende und, ich darf sagen, ernste Besprechung. Nach Kenntnissgabe des im Wortlaute beigeschlossenen Pro Memorias und weil ich die Einstellung verschiedener Herren im Auswärtigen Amte zu kennen glaube, erklärte ich vorerst Herrn von Bülow, dass ich dem Amte selbst keine unnötigen Ungelegenheiten zu verursachen wünsche und deshalb bereit sei, mich mit ihm über das formelle Vorgehen zu verständigen, das auch ihm am geeignetsten scheine, weiteres und grösseres Unheil zu verhüten.

Ich setzte dem Staatssekretär auseinander, dass seit einiger Zeit schon in schweizerischen insbesondere jüdischen Kreisen Befürchtungen laut geworden seien, dass ihre herkömmliche Sicherheit in Deutschland nicht mehr gewährleistet sein könnte. Wir hätten, weil es, so lange möglich, un-

Herrn Bundesrat M o t t a ,  
Vorsteher des Eidg. Politischen Departements,  
B e r n .



sere Pflicht war, zu beruhigen gesucht in der Überzeugung, dass es in der Tat den deutschen Behörden gelingen würde, den Ausländern den nötigen Schutz in jeder Beziehung angedeihen zu lassen. Jetzt hätten wir das befürchtete typische Vorkommnis. Es sei zwar der erste uns zur Kenntnis gekommene Fall; aber die derzeitige, sich täglich verschärfende Lage sei doch wenig geeignet, uns für alle unsere Landsleute die wünschbare Beruhigung zu verschaffen.

Ich fuhr weiter, ich müsste beim ersten sich ereignenden Falle die Konsequenzen von weiteren ähnlichen Vorfällen ins Auge fassen und da sähe ich eine wirkliche Gefahr für unsere gegenseitigen ausgezeichneten Beziehungen. Wir könnten in der Schweiz Bedrohungen und Belästigungen unserer Landsleute in Deutschland, die Gefährdung ihres Lebens und ihres Gutes durch mehr oder weniger offizielle oder doch offiziell beschützte Organisationen unter keinen Umständen hinnehmen. Die Rückwirkungen müssten bei uns, mit den 140'000 Deutschen, die 3 bis 4% unserer Bevölkerung darstellen, eigenartig weitgehende sein. Ich versicherte wiederholt, vor allem die Sorge um die Erhaltung ungetrübter Beziehungen, deren wir mehr denn je bedürften, veranlasste mich, in so eindringlicher Weise mit ihm zu reden. Es schein mir unsere gemeinsame Pflicht zu sein, da unbedingt den allerersten Anfängen zu wehren.

Herr von Bülow, mit dem man sich in der ruhigsten und verbindlichsten Weise unterhalten kann, hörte mich aufmerksam und im grossen und ganzen zustimmend an. Er erklärte gleich, mein Schritt sei nicht der erste dieser Art. Andere Vorstellungen des Auslandes seien schon erfolgt und zur Kenntnis der zuständigen Stellen gebracht worden. Das Verhalten vieler Braunhemden entspreche keineswegs dem Willen ihrer Führer, insbesondere des Reichskanzlers. Dieser habe eben neue genaue Befehle erlassen und, für den Fall von Widerhandlung, mit schärfsten Massnahmen gedroht. Man

dürfe sich davon Mässigung und Beruhigung versprechen, namentlich wenn die bevorstehenden Kommunalwahlen ebenfalls vorbei sein werden. Er hoffe zuversichtlich, die Ausländer, die sich richtig aufführten, würden zu keinen weiteren Klagen Anlass haben.

Als Herr von Bülow im Laufe des Gespräches bemerkte, es könnte schliesslich in jedem Lande sich ereignen, dass ein Ausländer einmal in solcher Weise zu Schaden komme, erwiderte ich, das gäbe ich ohne weiteres zu, auch in der Schweiz könne gelegentlich ein Deutscher überfallen werden, nicht aber von staatlich bewilligten und benutzten Organisationen. Damit verband ich die Frage, als was wir eigentlich uniformierte Braunhemden oder Stahlhelmlleute anzusehen hätten, als Beamte oder Privatpersonen oder ein neuartiges Zwischending. Ich könnte, erwähnte ich, in die Lage kommen, darüber z.B. unsere Konsulate oder einzelne Landsleute aufzuklären. Dem Staatssekretär schien meine Frage nicht gelegen zu kommen. Jedenfalls erhielt ich keine eindeutige Antwort. Er erklärte nur, eigentlich amtliche Funktionen dürften solche uniformierte Leute nur vornehmen, wenn sie die weisse gestempelte Armbinde mit der Aufschrift "Hilfspolizei" trügen. Sonst bestehe keine Verpflichtung, allfälligen Weisungen ihrerseits Folge zu geben.

Auf meinen ausdrücklichen Wunsch willigte der Staatssekretär ohne weiteres ein, dass meine Vorstellung, - die, wie ich versicherte, im Sinne des Bundesrates erfolge, obwohl ihm das Vorkommnis selbst noch nicht bekannt sei, - dem Reichskanzler zur Kenntnis gebracht werde.

Ich entsprach dann auch dem von Herrn von Bülow ausgesprochenen Wunsche, die im letzten Satze des beiliegenden Memorandums in Klammern gesetzten Worte fallen zu lassen. Er meinte, eine solche Verallgemeinerung des Schutzbedürfnisses aller Schweizer in Deutschland scheine nach einem Einzelfall und auch nach den bereits ergangenen Wei-

sungen nicht erforderlich. Ich fügte nur bei, ich hoffe nicht durch einen neuen Vorfall gezwungen zu sein, hierauf zurückzukommen.

Die folgende kurze Unterhaltung in der gleichen Sache mag Sie noch interessieren.

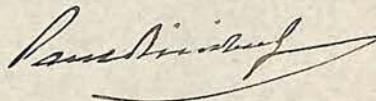
Gestern Abend machte ich bei einem gesellschaftlichen Anlasse zufällig die Bekanntschaft eines der engsten Mitarbeiter des Reichskanzlers, sein ständiger Wirtschaftsberater. Wir sprachen auch etwas von Wirtschaft und er meinte dann, ich selbst hätte wohl hier keine andern als wirtschaftlichen Sorgen. Ich antwortete, diese würden mir allerdings vollauf genügen, aber man scheine es nun doch zustandezubringen, mir noch andere Ungelegenheiten zu bereiten; so hätte ich eben den ersten zerschlagenen Kopf einer meiner Landsleute zu sehen bekommen. Der Andere frug: Wer hat denn das angerichtet? - Ich gab trocken zurück: Doch Ihre eigenen Leute. - Nachdem ich den Vorfall kurz erzählt hatte, meinte auch der Hitlerianer, bei einer so gründlichen Umwälzung müsse man verstehen, dass so etwas geschehen könne. - Ich muss, antwortete ich, in der Tat feststellen, dass so etwas passieren kann; es darf sich aber nicht wiederholen; und das zweckmässigste Mittel dazu wäre offenbar exemplarische Bestrafung. - Der Mitarbeiter Hitlers gab das auch zu und frug noch, ob ich etwa wegen dieses Vorfalles einen amtlichen Schritt zu unternehmen gedenke. Ich liess mich natürlich <sup>nicht</sup> bitten, ihm zu sagen, dies sei bereits in die Wege geleitet und ich werde am folgenden Vormittag den Staatssekretär im Auswärtigen Amte sprechen. Auf die Bemerkung des Vertrauensmannes Hitlers, er wäre gerne bereit, Letzteren von meiner Mitteilung zu unterrichten, erwiderte ich selbstredend, das könne mir nur recht sein.

So habe ich allen Grund anzunehmen, dass das unserem Landsmanne zugestossene Missgeschick in Regierungskreisen Beachtung finden wird.

Wie Herr Guggenheim mündlich ausgesagt hatte und durch einen in der Presse erschienenen Polizeibericht bestätigt wird, sind gleichzeitig mit ihm vier Italiener misshandelt worden. Ich glaubte aber darauf verzichten zu sollen, mich diesetwegen mit der Italienischen Botschaft in Verbindung zu setzen, da deren Einstellung zur jetzigen Reichsregierung doch ein Verhältnis "sui generis" darstellt.

Ich bitte Sie, Herr Bundesrat, meiner ausgezeichneten Hochachtung versichert zu sein.

1 Beilage.



11. März. P.S. Die Zeitungen von heute früh veröffentlichen einen Aufruf zur Disziplin von Hitler an seine Parteigenossen, in dem auch von Belästigung von Ausländern die Rede ist. Verlieren wir also noch nicht die Hoffnung auf bessere Zeiten!

